

**Auszug aus dem Protokoll  
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 7/2003

Sitzung vom 12. März 2003

**309. Anfrage (Lehrstellen-Situation nach Beschäftigungsrückgang)**

Kantonsrat Thomas Hardegger, Rümlang, und Kantonsrätin Julia Gerber Rüeegg, Wädenswil, haben am 6. Januar 2003 folgende Anfrage eingereicht:

Mit dem Konkurs der Gretag Imaging AG haben am 1. Januar 2003 noch weitere 51 Lehrlinge im Kanton Zürich ihre Lehrstelle verloren. Damit verliert der Kanton Zürich noch einmal ein erstklassiges Ausbildungszentrum für zukunftssträchtige Berufe.

Bereits im Jahr 2002 haben die wirtschaftlichen Probleme vieler führender Industriebetriebe dazu geführt, dass Lehrlinge die Stelle wechseln mussten (auch zu Gretag Imaging AG) und dass das Angebot an freien Lehrstellen für den Sommer 2003 zurückgehen wird. Gerade in den Bereichen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung sind, wie Informatik, Elektronik und Maschinenbau, werden bei Vernachlässigung der Ausbildung die Kräfte fehlen, die den Aufschwung unterstützen können.

Hunderte von Zürcher Schulabgängerinnen und -abgängern befinden sich gegenwärtig auf der Stellensuche für den Lehrbeginn im Sommer 2003.

Dazu bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat informiert über die Situation der Gretag-Lehrlinge?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation auf dem Lehrstellenmarkt für den Lehrbeginn 2003? Wie beurteilt der Regierungsrat den Verlust von Lehrstellen durch die Betriebsschliessungen und die Reduktion der Beschäftigten der letzten beiden Jahre?
3. Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, um die Ausbildungszentren zu retten, die durch die Betriebsschliessungen gefährdet sind? Wie werden die Berufsverbände bei ihren Bemühungen dazu unterstützt?
4. Mit welchen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat dafür zu sorgen, dass der Schweizer Wirtschaft auch bei einem hoffentlich bald einsetzenden Aufschwung genügend Ausgebildete der Hightech-Berufe in den Informatik- oder Elektronikbranchen zur Verfügung stehen?

5. Welche Massnahmen sieht er vor, damit möglichst allen Schulabgängerinnen und -abgängern eine Berufsausbildung ermöglicht wird?
6. Mit welchen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat dafür zu sorgen, dass Jugendliche, die auf den Lehrbeginn 2003 keine Lehrstelle finden, nicht auf der Strasse stehen? Wie unterstützt er Jugendliche, die über weniger gute schulische Voraussetzungen verfügen?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Thomas Hardegger, Rümlang, und Julia Gerber Rüegg, Wädenswil, wird wie folgt beantwortet:

Wie in der Antwort zur dringlichen Anfrage betreffend Ausbildung von entlassenen Lehrlingen (KR-Nr. 2/2003) ausgeführt, waren vom Konkurs der Gretag Imaging AG insgesamt 50 Lehrlinge verschiedener Berufe betroffen. Dank den raschen Bemühungen der durch die Lehraufsicht des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes eingesetzten Taskforce konnten inzwischen für 46 Lehrlinge Fortsetzungslehrverträge mit neuen Lehrfirmen abgeschlossen werden (Stand 21. Februar 2003). Die notwendigen Genehmigungen wurden durch die Lehraufsicht erteilt. Drei Lehrlinge im vierten Lehrjahr werden keinen Lehrvertrag mehr abschliessen, da sie unmittelbar vor der Lehrabschlussprüfung stehen. Ein Lehrling führt noch Vertragsverhandlungen.

Die allgemeine Lage auf dem Lehrstellenmarkt für Lehrbeginn 2003 ist zurzeit angespannt. Voraussichtlich werden rund 1000 Lehrstellen fehlen, da gegenüber dem Vorjahr mit 500 bis 600 zusätzlichen Schulabgängerinnen und Schulabgängern zu rechnen ist und gleichzeitig das Lehrstellenangebot um 300 bis 400 Lehrstellen zurückgehen wird. Die Erhebungen für den Lehrstellennachweis LENA des Amtes für Jugend- und Berufsberatung zeigen, dass gegenwärtig zahlreiche Firmen zögern, ihre offenen Lehrstellen aususchreiben. Diese Zurückhaltung ist im Wesentlichen auf die Ungewissheit über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen. Im Durchschnitt aller Berufe beträgt der Rückgang des Lehrstellenangebots 3 bis 4%. Für einzelne Berufsgruppen liegt er wesentlich höher (z. B. 14% bei kaufmännische Lehrstellen).

Ausbildungszentren waren bisher Bestandteil von Grossfirmen oder Konzernen. Erst in den letzten zehn Jahren wurden einzelne dieser Lehrwerkstätten aus ihren Firmen herausgelöst und in einer Vereinsform neu strukturiert. Für alle Lernzentren, die sich im Kanton Zürich bewähren (Lernzentren-ABB, RAU-Alcatel, azw-Sulzer), stellten die Mutterfirmen das Startkapital zur Verfügung. Ohne eine genügende Anzahl von Mitgliederfirmen aus der Industrie und dem KMU-Bereich sind solche Ausbildungszentren nicht lebensfähig. Die Mitgliederfirmen

müssen bereit sein, ihre Lehrlinge für die Grundausbildung (höchstens zwei Jahre) dem Ausbildungszentrum zu übergeben und die Ausbildungsleistung zu bezahlen. Der Kanton kann sich nach geltendem Recht an der Finanzierung solcher Ausbildungszentren nicht beteiligen. Die Ausbildung in Hightech-Berufen der Informatik- und Elektronikbranchen ist im dualen Berufsbildungssystem der Schweiz Aufgabe der Wirtschaft. Die kantonale Lehraufsicht unterstützt solche Lehrfirmen bei der Lehrlingsausbildung in fachlicher Hinsicht. Von staatlichen Organisationen für die Lehrlingsausbildung ist grundsätzlich abzusehen.

Um möglichst allen Schulabgängerinnen und -abgängern eine gewünschte Berufsausbildung zu ermöglichen, sieht die Berufsberatung des Kantons verschiedene Massnahmen vor:

- Systematisches Nachfassen des Stellenangebotes bei den Lehrfirmen für den Lehrstellennachweis LENA
- Erhebung der Berufswahl-Situation bei den Lehrkräften der Volksschul-Abschlussklassen
- Gezielte Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Schwierigkeiten
- In Zusammenarbeit mit den regionalen Gewerbeverbänden Mitwirkung bei Akquisitionsmassnahmen
- Mitwirkung bei der Bereitstellung von Auffanglösungen

Das kantonale Gesamtkonzept zur beruflichen Nachwuchsförderung enthält eine ausführliche Darstellung der weiteren Massnahmen.

Im Hinblick auf den Lehrbeginn 2003 unterstützt der Kanton aus Mitteln des Lehrstellenbeschlusses 2 die Kampagne «Mehr Lehrstellen 2003», die gemeinsam mit der Stadt Zürich durchgeführt wird. Sie bezweckt die Aufklärung der Öffentlichkeit und der Verantwortlicher. Sie umfasst Massnahmen zur Gewinnung weiterer Lehrstellen. Die Beratungsangebote für ausbildungswillige Unternehmen werden soweit nötig ausgebaut. Kanton, Städte und Gemeinden prüfen als Arbeitgeber Möglichkeiten, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Das Angebot für Jugendliche, die über weniger gute schulische Voraussetzungen verfügen, ist in den letzten Jahren ausgebaut worden: Ergänzend stehen das 10. Schuljahr sowie Angebote mit Übergangscharakter zur Verfügung.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**